

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/134

19. Juli 1971

Politik der gesellschaftlichen Vernunft

Erfolg auf dem festen Kurs der Stabilität
gewiß

Von Prof. Dr. Karl Schiller MdB
Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen

Seite 1 bis 3 / 145 Zeilen

Der Sinn einer Koalition

Anmerkungen zu einer Abstimmung im Bundesrat

Von Fritz Sänger

Seite 4 / 49 Zeilen

Erfolge für die Vertreibungsgeschädigten

Das Bemühen um gegenseitiges Verstehen
geht weiter

Von Dr. Heinz Kreutzmann SPD-MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für inner-
deutsche Beziehungen

Seite 5 und 6 / 72 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 8, Heussallee 2-10
Postfach: 9183
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
Telefax: 995 840/990 847/
53048 PPF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Politik der gesellschaftlichen Vernunft

Erfolg auf dem festen Kurs der Stabilität gewiß

Von Prof. Dr. Karl Schiller MdB

Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen

Die Debatte um die Eckwerte für die Steuerreform hat bisher für unsere Regierung positive Ergebnisse hervorgebracht. Unsere Bürger haben erkannt, daß die sozialliberale Koalition dem Gebot der sozialen Gerechtigkeit soweit wie möglich gefolgt ist. Und wir waren und sind es unter dem Gesichtspunkt der Wahrhaftigkeit den Bürgern in diesem Lande schuldig, ehrlich zu bleiben gerade auch bei der Steuerreform und sie nicht als ein heimliches Instrument zur allgemeinen Steuererhöhung zu benutzen. Jahrelang haben Regierungen die Reform des Steuerrechts vor sich hergeschoben. Es hat ihnen an Mut gefehlt. Diesen Mut, die Belastungen sozial gerechter zu verteilen und Privilegien abzubauen, hat die Regierung Brand/Scheel aufgebracht. Wir haben deutlich aufgezeigt, daß soziale Entlastungen in der Besteuerung auf der anderen Seite auch Mehrbelastungen erfordern; damit die Reform im ganzen in sich ausgeglichen ist. Wir dürfen uns diese gemeinsame Leistung nicht zerreden lassen.

In der Wirtschaftspolitik haben wir zur Sicherung der Stabilität der Deutschen Mark eine Reihe mutiger und auf die Dauer wirkungsvoller Aktionen unternommen. Keine Bundesregierung hat je zuvor so viel für die Stabilität getan wie diese Regierung: von der Aufwertung der D-Mark über die restriktive Haushaltspolitik, die befristete Aussetzung der degressiven Abschreibungen bis hin zum Konjunkturzuschlag, der planmäßig am 30. Juni ausgelaufen ist. Wir haben dies mit der Zustimmung der stabilitätsbewußten Bürger getan; wir haben auch keine falschen Hoffnungen geweckt über die notwendigen Fristen, die wir brauchen, um in einer Umwelt lebhafter ausländischer Preisauftriebe unseres Stabilitätsziel näher zu kommen. Keine Regierung hat je zuvor so viel für die Begrenzung des Beschäftigungsrisikos bei einer möglichen Konjunkturabschwächung getan: über acht Milliarden D-Mark stehen uns heute durch den Konjunkturzuschlag und die Konjunkturausgleichsrücklagen auf den Sonderkonten der Bundesbank zur Verfügung, die wir jederzeit zur Förderung der Investition und des privaten Verbrauchs einsetzen könnten.

Die Opposition hat bisher weder zu unserer Stabilitätspolitik noch zu den Eckwerten der Steuerreform eigene, eindeutige und geschlossene Alternativen aufgezeigt. Als die Regierung zur Eindämmung und Rückführung der riesigen Zuflüsse von Auslandsliquidität am 9. Mai den Wechselkurs der D-Mark freigab und damit die von allen Sachverständigen begrüßte außenwirtschaftliche Absicherung für ein weiteres binnenwirtschaftliches Stabilisierungsprogramm herbeiführte, versuchte die Opposition nur in sehr allgemeinen Wendungen die Tatsache zu vertuschen, daß die Maßnahmen absolut richtig sind. Und Herr Strauß, der immer ein eifriger Vertreter der Anwendung des § 23 AWG, d.h. der Einführung der Devisenbe-

wirtschaftung war, verschweigt heute geflissentlich, daß durch die Wechselkursfreigabe die Bundesbank inzwischen über sieben Milliarden DM an Devisen wieder ins Ausland zurückschauen und daß sie durch die nun wieder mögliche Mindestreservenerhöhung weitere fünf Milliarden DM an Liquidität einsperren konnte.

Dafür setzt Herr Strauß sich jetzt von Maßnahmen der "Genehmigung oder Verweigerung unerwünschter Auslandskredite" ab und spricht sich für die "Verpflichtung zur Hinterlegung eines zinslosen Bardepots" aus; kein Wort also davon, daß er bislang den Genehmigungszwang für Auslandskredite forderte und daß die Bundesregierung am 2. Juli vor dem Ministerrat der EWG die Vorlage eines Gesetzes zur Einrichtung eines Bardepots bei Aufnahme von Auslandskrediten offiziell ankündigte. Dies alles zeigt: auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik hat die Opposition nicht den Mut zu konkreten Vorschlägen; allenfalls zeigte sie den Mut zum Plagiat. Das politische Führungsdilemma der CDU/CSU wird gerade an der Unfähigkeit dieser beiden Parteien deutlich, geschlossene Konzepte zu entwickeln. Ohne solche Konzepte ist und bleibt die Opposition regierungsunfähig, eine Truppe von Bilderstürmern.

Die Chancen der sozialliberalen Koalition, in der zweiten Halbzeit noch deutlicher als bisher ihren Reformwillen durch konkrete und für den Bürger wirksame Aktionen spürbar unter Beweis zu stellen, sind gut. Sie werden gut bleiben, wenn wir uns in unserer Stabilitätspolitik nicht irre machen lassen und wenn wir darauf verzichten, noch so schöne Einzelaktionen lauthals anzukündigen, ehe sie beschlossene Sache sind.

Dies gilt auch für Steuererhöhungen. Es ist sicherlich ein Mißverständnis anzunehmen, es sei eine besonders sozialdemokratische Position, bedingungslos für Steuererhöhungen einzutreten. Wir sind angetreten für mehr soziale Gerechtigkeit und wir sind angetreten für ein modernes Deutschland. Wir alle wissen auch, daß Reformen Geld kosten. Auch der Bürger weiß es. Aber der Bürger wird nur dann bereit sein, seine Zustimmung zu Steuererhöhungen zu geben, wenn er konkret weiß, was ihm vom Staat dafür geboten wird. Deshalb ist es im Herbst, wenn wir über den Bundeshaushalt 1972 und die Anpassung und Fortschreibung der mehrjährigen Finanzplanung entscheiden, der richtige Augenblick, um dann konkret festzustellen, ob und inwieweit Einnahmeverbesserungen der öffentlichen Hand für Verbesserungen der öffentlichen Leistungen erforderlich sind.

Augenmaß und Nüchternheit müssen uns bei allen Reformplänen in allen Gebietskörperschaften die Hand führen, wenn wir zusätzliche Haushaltsmittel von der Bevölkerung fordern. Unsere Reformvorstellungen sind Ausdruck gesellschaftspolitischer Vernunft. Es ist uns gelungen, im Jahre 1969 die Mehrheit der Bürger davon zu überzeugen, daß nicht der vernünftig ist, der sie glauben machen will, es sei am besten nichts zu tun, sondern daß derjenige Recht hat, der ein überzeugendes Konzept für die Stabilitätspolitik und für die Zukunft unserer Gesellschaft vorlegt und verwirklichen will. Zu einem solchen Konzept der Vernunft und der Stabilität

würden heroische und schier hemmungslose Steuererhöhungsparolen nicht passen. Es könnte sogar sein, daß eine undisziplinierte Steuererhöhungsdebatte unsere Bevölkerung in ihrer Zustimmung zu unseren Reformen wankend macht. Auf diese Resignation setzen die Konservativen und ewig Gestrigen im Lande. Niemand von uns wird diesen Kräften in die Hände arbeiten wollen.

Steuern sind kein Selbstzweck. Dem Bürger muß vielmehr mit Leidenschaft deutlich gemacht werden, daß es vernünftig ist, Steuern zu zahlen und daß seine Steuermittel von demokratisch kontrollierten Regierungen treuhänderisch dazu benutzt werden, ihm ganz bestimmte Leistungen zur Verfügung zu stellen. Leistungen, die allein jeder auf sich gestellt nicht schaffen könnte; beispielsweise mehr Schulen, beispielsweise mehr Krankenhäuser; beispielsweise mehr Straßen. Der Bürger aber wird wenig Verständnis für Steuererhöhungen aufbringen, wenn der Staat nicht vorher klar und deutlich sagt, daß er diese Mittel für diese und jene Zwecke verwenden wird.

Ebenso muß das Ungleichgewicht auf der Ausgabeseite der öffentlichen Haushalte beseitigt werden, das insbesondere durch eine Explosion der Personalkosten und entsprechend durch eine relative Verminderung des realen Zuwachses der öffentlichen Investitionen entstanden ist. Um so eher können wir damit rechnen, daß unsere Bürger zu einem großzügigen Verzicht auf die Zunahme ihres individuellen Verbrauchs zugunsten ihres gemeinschaftlichen Verbrauchs bereit sind. Die Politik der großen Kelle und der vollen Staatskassen verträgt sich nicht mit den allgemein anerkannten und von der Bundesregierung besonders beachteten Grundsätzen der Stabilität und der Förderung des individuellen Leistungswillens.

Die Bürger glauben nur dann an den Stabilitätswillen der Regierung, wenn sie selbst mit bestem Beispiel vorangeht. Der Bürger würde kein Verständnis dafür haben, wenn wir eine Politik der Überforderung der produktiven Kräfte betreiben wollten. Jede Gebietskörperschaft wird diszipliniert, wenn sie nicht im Geld schwimmt. Eine Finanzpolitik bei knapper Kasse ist fraglos geeignet, die Verantwortlichen immer wieder zur Überprüfung ihrer Prioritäten anzuhalten. Und das ist gut so.

Wenn wir, woran ich nicht zweifle, unseren festen Kurs der Stabilität halten und auf dieser Linie Schritt für Schritt maßgerecht und zeitgerecht die Reformpolitik fortführen; wenn wir die Sommerpause dazu nutzen, um im Herbst mit einer klaren und soliden finanziellen Zwischenbilanz, einer konsolidierten Finanzplanung, aufzuwarten; wenn wir nach den schwierigen und doch erfolgreichen Aktionen der ersten Halbzeit wieder als Mannschaft in Höchstform antreten, dann wird die Opposition im Bundestag weiter ihr Ziel verfehlen und eben "Fahrkarten schießen". Der Bürger wird noch deutlicher erkennen können, wie nützlich nach innen und nach außen der Regierungswechsel nach der Bundestagswahl 1969 für unser Land gewesen ist. Um dies zu sichern, müssen wir uns alle Beharrlichkeit und Mut zu Maß und Mitte in unserer Politik erhalten. Mit Sicherheit werden wir 1973 eine Erfolgsbilanz vorlegen können, wenn wir jetzt unseren Motor nicht überdrehen.

(= /wx/19.7.1971/ogj)

Der Sinn einer Koalition

Anmerkungen zu einer Abstimmung im Bundesrat

Von Fritz Sänger

Wie stark muß der Druck der Parteiführung von CDU und CSU gewesen sein, wenn selbst ein Mann wie der baden-württembergische Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger zum Gehorsam gezwungen werden konnte: Ein Mann, von dem wir manches Mal eine eigene Haltung und unabhängige Meinung erfahren haben, der sich durchzusetzen mußte, auch wenn nicht unerhebliche Schwierigkeiten in den Reihen seiner Partei, der CDU, zu überwinden waren. Die Begründung, die Filbinger seiner Haltung in der Abstimmung im Deutschen Bundesrat über die im Bundestag beschlossenen Gesetze gab, läßt den Zwiespalt zwischen Überzeugung und taktischer, das heißt parteigebundener Verpflichtung deutlich erkennen.

Es ist eine Einsenwahrheit, daß der Bundesrat "kein Vollzugsorgan der Bundestagsmehrheit" ist oder auch nur sein kann. Dies in einer offiziellen Erklärung auch noch auszusprechen, das verrät die Feinlichkeit der Lage. Es hat in den mehr als zwanzig Jahren des Bestehens des Bundesrates nicht ganz selten Gelegenheit gegeben, die politische Eigenständigkeit der Länderkammer zu betonen, und das ist auch geschehen. Aber es war bisher noch immer so, daß der Bundesrat aus seinen, das heißt aus den Interessen der Länder unterschieden hat und nicht nach den Wünschen einer Partei. Dies ist der Kern der Auseinandersetzung, den niemand verfälschen sollte: Es geht um die Interessen der Länder und ihrer Gemeinden.

Ministerpräsident Filbinger meinte, es könne nicht der Sinn einer Koalition sein, daß der kleinere Koalitionspartner dem größeren seinen Willen aufzwingt. Weder diese noch aber auch die umgekehrte Situation ist der Sinn einer Koalition; auch der größere Partner sollte den kleineren nicht terrorisieren dürfen. Die Kunst der Politik ist und bleibt stets der Kompromiss, das Ausschließen des gerechten Weges, und kein Zwang kann an die Stelle des Willens treten, sich zu verständigen, wenn man eine Koalition eingegangen ist. Jede politische Partei in Deutschland hat in diesem Punkte ihre bitteren Erfahrungen machen müssen - das Volk jedoch sehr oft die erfreulichen Konsequenzen feststellen können. Denn ein Kompromiss muß kein "fauler Zauber" sein, wenn er redlich erarbeitet wird. Darauf kam und kommt es in den Länderregierungen an, die vor der Bundesratssitzung ihre Stimmen in Koalitionen festzulegen hatten.

Daß durch die demonstrative politische Entscheidung der Bundesrat an Bedeutung gewonnen habe, wie Filbinger meinte, ist gewiß nur als ein Argument der Verlegenheit zu werten. Denn auch in Stuttgart wird es bekannt sein, wie die unsachliche aber parteitaktische Haltung der Ländervertreter, die von der CDU/CSU gelenkt wurden, in der öffentlichen Meinung gewirkt hat, obwohl eine Mehrheit der Berichte bemerkenswerterweise kaum erkennen ließ, wie der Sachverhalt war und wo die Gewichte lagen. Wenn Filbingers Auffassung vom Sinn einer Koalition Schule machen würde - und diese Gefahr ist nun heraufbeschworen - wäre es sehr schnell mit der Bedeutung des Bundesrates zu Ende. Er ist für das Wohl der Bürger da, nicht für bloße Parteitaktik.

(-/wr/19.7.1971/ks)

Erfolge für die Vertreibungsgeschädigten

Das Bemühen um gegenseitiges Verstehen geht weiter

Von Dr. Heinz Kreutzmann SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

In einer Bilanz des Bundes der Vertriebenen mußte auch für die erste Halbzeit die Arbeit der derzeitigen Bundesregierung bestätigt werden, daß sie eine ganze Reihe von Fortschritten in der Geschädigtengesetzgebung gebracht hat. Zwar spart man auch hier nicht an Kritik gegenüber diesem sozialliberalen Kabinett, aber diese Kritik ist sachlicher und gedämpfter als das, was sonst vorgebracht wird. Die empfindlichen Reaktionen aus dem Koalitionslager kommen jedenfalls nicht von ungefähr, wenn man der Regierung "nationale Unzuverlässigkeit mit Agitations-Formulierungen unterstellen will, wie die, daß die von ihr unterzeichneten Verträge von Moskau und Warschau nur "Blaupausen kommunistischer Konzilsbeschlüsse" seien oder "Kapitulationen vor kommunistischen Diktaturen". Daß auch der ungerechte Vorwurf, die Regierung habe nicht den Mut gehabt, humanitäre Forderungen in Warschau durchzusetzen, tief treffen muß, braucht niemand zu verwundern.

Es kann und wird keine Vertriebenenpolitik geben, die losgelöst von der politischen Situation Deutschlands als Ganzes betrieben werden kann. Sie hat die Bundesregierung bei ihren Entscheidungen vor Augen, die sie im Interesse des Ganzen getroffen hat. Das heißt also auch, daß die Respektierung des ehrlichen Willens dieser Regierung erwartet werden kann, durch ihre Politik den Frieden in Europa so sicher zu machen, daß die Grenzen in Europa porös werden und damit Vorurteile und Mißverständnisse unter den Völkern Europas abgebaut werden können.

Hierfür auch das Einsehen und Verständnis der Vertriebenen zu gewinnen, das ist unerlässlich. Dazu gehört auch die Ein-

gliederung der Umsiedler in die Bundesrepublik und eine bevorzugte Lösung ihrer Probleme, wenn man nicht billiger Agitation Zündstoff liefern will. Das gilt besonders bei der Wohnungsunterbringung der Umsiedler, die nach den schweren Jahren, die sie vielfach hinter sich haben, sicher nicht bevorzugt werden, wenn man sie so schnell wie möglich aus den Lagern herausholt und in eigenen Wohnungen unterbringt. Der Vertriebenenausschuß beim Parteivorstand der SPD hat daher kürzlich mit Recht in einer EntschlieÙung gefordert, daß eine baldige Klärung der Beteiligung des Bundes bei der Finanzierung des Wohnungsbaues für Aussiedler und Flüchtlinge erfolgen sollte, weil eine rasche Regelung dieses Problems unerläßlich sei angesichts der sich ständig steigenden Zahl von Aussiedlern aus Polen. Es wird dem Ansehen der Bundesregierung unbedingt nützen, wenn die positiven Auswirkungen ihrer Außenpolitik auch innenpolitisch wirkungsvoll ergänzt werden. Maßnahmen solcher Art sind mit die beste Methode, den Leuten das Handwerk zu legen, die glauben, mit einer wüsten Agitation gegen diese Regierung bei den Vertriebenen parteipolitische Geschäfte machen zu können.

Von gleicher Bedeutung wäre auch eine stärkere finanzielle Förderung der Besuchsreisen von Heimatvertriebenen bei nächsten Verwandten, die in den Ostgebieten zurückgeblieben sind. Gerade die finanziell Schwachen unter den Vertriebenen können vielfach die erheblichen je-Tag-DK-Umwechselfbeträge kaum aufbringen. Daß in diesem Bereich bereits geholfen wird, ist dankbar anzuerkennen. Aber auch hier kann noch manches geschehen, was nicht nur von den Vertriebenen gewürdigt würde, sondern auch der Völkerverständigung nützlich wäre!

(-/wr/19.7.1971/ks)